



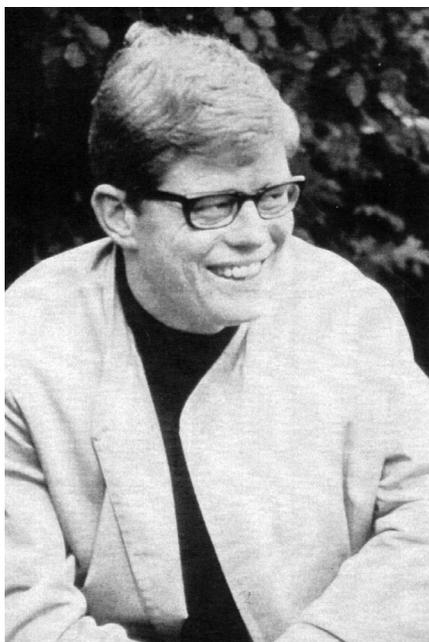
AUFBRUCH AUS VERKRUSTETEN STRUKTUREN

Die fünfziger Jahre hat Erich Kästner einmal als „motorisiertes Biedermeier“ bezeichnet, womit er die geistige Anspruchslosigkeit, die Sehnsucht nach der heilen, konfliktfreien Welt und dem kleinen Konsumglück meinte.

Am Beginn der 60er Jahre begann ein Aufbruch, der innerhalb von 10 Jahren die politische Kultur des Landes grundlegend verändern sollte.

Die Auseinandersetzung der ‚Spiegel‘-Redaktion mit dem damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß, der sich schon nach 1956 für eine Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren Waffen einsetzte, bildete hier den

Auftakt. Im Rahmen der „Spiegel-Affäre“ gab es erstmalig ein Bündnis von Schriftstellern, Künstlern, Geistlichen, Hochschullehrern und Massenkundgebungen von Studenten und Gewerkschaftern. Die Demission des Verteidigungsministers war ein deutliches Zeichen dafür, dass sich erstmals die kritische Öffentlichkeit gegen die Staatsmacht durchgesetzt hatte.



43 REINHARD CRUSIUS

Für den Gütersloher Ortsverein erwies sich Reinhard Crusius (s. Abb. 43) in dieser Zeit als wahrer Glücksfall. Im Jahr 1960 gründete er in Gütersloh eine neue Gruppe der Jungsozialisten. Er arbeitete als Schriftsetzer bei Mohn & Co., war dort u.a. Vorsitzender der Gesamtjugendvertretung und stark darum bemüht, junge Menschen für die öffentlichen





Anliegen zu interessieren. Neben der Organisation der Gruppe, der aktiven Beteiligung an den Wahlkämpfen, stand die politische Bildung im Zentrum der Aktivitäten. Regelmäßig wurden kommunalpolitische Schulungsfahrten unternommen, z. B. nach Kassel, Essen und auch nach Amsterdam. Besonders für die Zielgruppe der Gymnasiasten und Studenten fanden monatliche Wochenendseminare der ‚Neuen Gesellschaft‘ in Haus Neuland statt, wo mit namhaften Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft (z. B. Prof. Carlo Schmid, Theodor Eschenburg, Peter Robert Hofstätter) intensive politische Auseinandersetzungen geführt wurden. Die Juso-Gruppe traf sich regelmäßig im ‚Ulmenstübchen‘ Unter den Ulmen.

Zu den Jungdemokraten in Gütersloh bestanden von Anfang an gute Kontakte. Im Dezember 61 fand ein erster Diskussionsabend im Bockskrug statt, zu dem Jusos und Jungdemokraten gemeinsam eingeladen hatten. Unter der Gesprächsleitung des damaligen Stud.Ass. Dieter Knobelsdorf wurde über Friedrich Naumann und die Verwirklichung seiner Gedanken in der politischen Gegenwart der Bundesrepublik diskutiert. Reinhard Crusius ergriff auch die Initiative zur Gründung eines „Ringes der politischen Jugend“ im Kreis Wiedenbrück. Drei Gütersloher verabredeten am 21.12.61 im ‚Bremer Schlüssel‘ die Gründung des RPI, es waren Reinhard Crusius für die Jungsozialisten, Paul Lakämper für die Junge Union und Jürgen Hinrichs für die Jungdemokraten. Die erste gemeinsame Veranstaltung des RPI fand am 16. März 62 unter dem Thema: Steht die junge Generation abseits? Im Kath. Vereinshaus statt.

Am 28. Dezember 1965 fasste der Ortsvereinsvorstand folgenden Beschluss:
„Es ist vorgesehen, innerhalb des Ortsvereins einen Buchstudienkreis zu gründen. Den Aufbau wird zunächst die Genossin Eva Meinerts vornehmen.“

Um Eva Meinerts und die Genossin Dr. Eva Thöl sammelten sich im ‚Buchstudienkreis‘ Interessierte, die über die Beschäftigung mit politischen Tagesfragen hinaus die intensive Diskussion politischer Grundsatzfragen beginnen wollten. Zentrum des Kreises waren zu Anfang vor allem Mitarbeiter der Firma Bertelsmann. Man traf sich reihum in den Privatwohnungen der Mitglieder zur gemeinsamen Lektüre und zum offenen Gesprächsaustausch. Die Versammlungen wurden nicht nur von Parteimitgliedern besucht. Viele fortschrittliche Gütersloher Bürger, unter ihnen auch kirchlich engagierte, fanden über den Buchstudienkreis Zugang zur SPD.

Eines der ersten gemeinsam gelesenen Bücher war „Mobilisierung der Demokratie“, Hrsg. Waldemar v. Knoeringen. Gespräche mit v. Knoeringen führ-





ten bald zu internationalen Kontakten, die vor allem Eva Meinerts geknüpft und ausgebaut hat. Im Ortsverein bestand gegenüber diesem bildungsbürgerlich erscheinenden Kreis immer ein gewisses Misstrauen.

Aus der Rückschau betrachtet war es aber wohl genau der richtige Zeitpunkt und für die angesprochenen Gruppen auch der angemessene Rahmen, um das allgemeine Unbehagen an Staat und Gesellschaft der 60er Jahre aufzunehmen und aktiv an Zielen und Strategien in Richtung auf mehr Demokratie zu arbeiten.

Anfang der 70er Jahre wurden einige der Hauptstützen des Buchstudienkreises in Parteiämter und Gemeindeparlamente gewählt und der Kreis stellte allmählich seine Arbeit ein.

Der Ortsverein der SPD konnte seit dem Jahr 1963 angemietete Räume in der Hohenzollernstr. 15 („Heinrich-Rüßkamp-Haus“) für die Parteiarbeit nutzen.

Einen Wechsel gab es auch im Vorsitz des Ortsvereins. Hermann Vogelsang, der im Februar 61 zum Vorsitzenden des SPD-Unterbezirks gewählt worden war, gab nach 8 Jahren den Vorsitz im Ortsverein an Wilfried Gottsleben ab. Bei den Kommunalwahlen in der Stadt lag die SPD in den 60er Jahren, wie schon seit 1956, immer deutlich vor der CDU. Trotzdem konnten die Koalitionen der bürgerlichen Parteien regelmäßig die Stelle des Bürgermeisters besetzen.

Auch als im Jahr 1964, der letzten Wahl vor der Gebietsneuordnung, die SPD mit 44,48 % vor der CDU (39,33 %) durchs Ziel ging, einigten sich CDU und FDP und wählten den Landwirt Heinrich Kollmeyer zum Bürgermeister.

Die drängendsten Aufgaben der Kommunalpolitik formuliert Willy Eichberg in einem Artikel mit der Überschrift „Gedanken zur Kommunalwahl am 19. März“.

„Zur Beseitigung der Wohnungsnot müssen weiterhin große Anstrengungen unternommen werden, dafür müssen die notwendigen Grundstücke beschafft werden. Ausbau von Straßen und Straßenbeleuchtung ist zu verstärken. Die Voraussetzungen für eine gute Schulbildung zu schaffen, war schon immer ein Anliegen der SPD“.¹

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ulrich Lohmar engagierte sich stark in den kommunalpolitischen Wahlkämpfen 1961 und 1964. Stärker noch als im Jahr 61 stand 1964 die Bildungspolitik im Vordergrund der Auseinandersetzung. Im September hatte die SPD in Bonn ein „Sofortprogramm der SPD zur Überwindung des Bildungsnotstands“ vorgelegt. Der föderale Zustän-





digkeitswirrwarr wird kritisiert und die Bildung als gesellschaftliche und staatliche Gemeinschaftsaufgabe definiert. Ulrich Lohmar urteilt auf einer Wahlversammlung:

„Im Bildungswesen ist die Bundesrepublik zu einem unterentwickelten Land geworden. Vor allem Nordrhein-Westfalen (damals von der CDU regiert) steht trotz seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten beim Ausbau der Schulen, Berufsschulen und Universitäten.“²

Die Bundestagswahl am 19.9.1965 wurde wieder ganz auf den Kanzlerkandidaten Willy Brandt ausgerichtet. In Gütersloh besuchte Günter

Grass auf seiner Wahlkampftour für die ‚Es-Pe-De‘ gemeinsam mit dem hiesigen Kandidaten Heinz Junker (s. Abb. 44) und Dr. Ulrich Lohmar die Firma Bertelsmann. Ingeborg Bachmann bedrängte den in Gütersloh geborenen Komponisten Hans Werner Henze, für die SPD in den Wahlkampf zu gehen. Sie appellierte:

„Ich bitte Dich darum, gegen die CDU, gegen die Bourgeoisie, den Revanchismus, den wieder hübsch aufblühenden Nationalismus zu sprechen,...“³

Mit seiner ‚Bayreuther Wahlrede‘ ist Henze dieser eindringlichen Bitte gefolgt. Nach der Devise: ‚Der Geist steht links‘ unterstützten viele Intellektuelle und Künstler die Wahlkampagnen der SPD.

Die Hauptwahlveranstaltung in Gütersloh fand am 17.9.65 im Kath. Vereinshaus statt. Redner war der damalige Hamburger Innensenator Helmut Schmidt (s. Abb. 45). Seine Meinung zum Kanzlerkandidaten der CDU war eindeutig: Erhard, sagte er, sei ein schwacher Mann, der weder Entscheidungen treffen noch sie durchsetzen könne. Mit freundlichen Redensarten allein könne man nicht regieren.⁴



44 HEINRICH JUNKER





Die SPD in Gütersloh konnte ihr Ergebnis um etwa 1000 Stimmen verbessern, der Wahlkreis 103 – Bielefeld-Land, zu dem auch die Stadt Gütersloh gehörte –, wurde direkt von Heinz Junker (SPD) gewonnen. Trotz dieses Ergebnisses im Wahlkreis reichte das Gesamtergebnis noch einmal für eine Koalition von CDU/CSU und FDP unter dem Kanzler Ludwig Erhard. Diese neue Regierung sollte aber nur noch ein Jahr im Amt bleiben.

Bis in die Mitte der 60er Jahre, so beschreiben es die Genossinnen und Genossen, war auch die SPD in Gütersloh eine disziplinierte Gemeinschaft, in der im Hinblick auf die politischen Grundfragen eine große Übereinstimmung festzustellen war. Die sozialistische Vergangenheit der Partei war während dieser Zeit weitgehend ausgeblendet.

Zu den herausragenden Persönlichkeiten im Ortsverein gehörte auch Irene Utpadel (s. Abb.46), die 1966 für den Landtag kandidierte. Irene Utpadel wurde 1917 als Tochter eines Staatsschauspielers in Beuthen (Oberschlesien) geboren. Sie heiratete mit 21 Jahren und wohnte bis zu Vertreibung 1945 in Prag. Seit 1950 war Irene Utpadel in Gütersloh wohnhaft. Von Anfang an ist die soziale Arbeit für alte, notleidende Menschen und für Kinder ihr Betä-

Es geht um Deutschland!

Einladung!

Sehr verehrte Wählerin!

Sehr geehrter Wähler!

Der Innensenator von Hamburg Helmut Schmidt

spricht am Freitag, dem 17. September 1965, um 20 Uhr
im Kath. Vereinshaus, Unter den Ulmen

in einer öffentlichen

Wahlversammlung

zu den Bundestagswahlen am 19. Sept. 1965

Zu dieser interessanten Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein.

SPD-Ortsverein Gütersloh



➔ Bitte weitergeben!

45 WAHLWERBUNG SEPTEMBER 1965





tigungsfeld. Selbstverständlich ist ihr politisches Engagement für die SPD. Im Laufe ihres Lebens, sie verstarb im Jahr 1977 im Alter von 60 Jahren, hat sie in vielen Funktionen Verantwortung übernommen. U.a. war sie von 1957 bis 1970 Mitglied des Unterbezirksvorstandes der SPD, Mitglied des Ortsvereinsvorstands, sie gehörte dem Stadtrat in Gütersloh und dem Kreistag an und war 1969/70 im Landtag NRW aktiv. Irene Utpadel widmete den größten Teil ihrer ehrenamtlichen Arbeit der Arbeiterwohlfahrt. Neben ihrem Amt als Vorsitzende des Gütersloher AWO-Ortsverbandes übernahm sie 1970 den Vorsitz des AWO-Bezirks Östliches Westfalen und wurde 1974 zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Intensiv setzte sie sich dafür ein, dass die AWO in Gütersloh in der Hohenzollernstraße ein schönes Domizil bekam. Im Landtagswahlkampf 1966 fand die letzte große Versammlung am 3.7. im Kath. Vereinshaus statt. Fritz Eler, Oppositionsführer im Bundestag, hielt die Wahlrede. Das Ergebnis in der Stadt Gütersloh war für die SPD hervorragend – 47 % gegenüber 39 % für die CDU. Trotzdem konnte nicht Irene Utpadel, sondern Paul Lakämper von der CDU aufgrund des Gesamtergebnisses im Wahlbezirk direkt in den Landtag einziehen. Das gute Ergebnis im Bundesland NRW führte aber doch im Dez. 66 zur Ablösung der CDU-Regierung in Düsseldorf und brachte den Genossen Heinz Kühn in das Amt des Ministerpräsidenten, dazu hatte die SPD in Gütersloh mit dem hervorragenden Wahlergebnis einen guten Beitrag geleistet.



46 IRENE UTPADEL

Ausgehend von den Universitäten setzte seit Mitte der 60er Jahre eine Reideologisierung und Politisierung der Gesellschaft ein, die auch die SPD stark verändern sollte. Die wichtigsten Themen dieser Bewegung waren: die Forderung nach einer Reform der Hochschulen, der Protest gegen die amerikanische Kriegsführung in Vietnam, der Kampf gegen den ungezügelt Kapitalismus, die Wachsamkeit gegenüber faschistischen Tendenzen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft (die NPD hatte 1966 jeweils über 7 % der Stimmen bei Landtagswahlen in Hessen und Bayern erhalten), die ehrliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, die kritische Auseinandersetzung mit der Nutzung der Atomenergie und die Emanzipation der Frauen.

Für die SPD bedeutete das konkret, dass sie starken Zulauf von Schülern, Stu-





dentem und Akademikern zu verzeichnen hatte, die den linken Flügel der Partei stärkten. Der Ortsverein Gütersloh erhöhte zwischen 1967 und 72 seine Mitgliederzahl von 350 auf 450.

Die Auseinandersetzungen im Ortsverein nahmen deutlich ab dem Frühjahr 1968 an Schärfe zu. Die Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Notstandsgesetze, die am 30. Mai 68 verabschiedet wurden, führte zu einem ersten starken Widerstandsbündnis von Studenten und Gewerkschaften gegen die Regierung der Großen Koalition. Sah die Regierung in den Notstandsgesetzen eine Möglichkeit, die drei Westmächte zum Verzicht auf die Vorbehaltsrechte zu bewegen, so sahen die Gegner in den Gesetzen eine fundamentale Gefährdung der Demokratie.

Im Wahlkampf zur Bundestagswahl im September 1969 waren die kritischen Jugendlichen bei allen Veranstaltungen präsent. Sie wehrten sich gegen die Entpolitisierung der Wahlkämpfe in der Vergangenheit und forderten von den Rednern klare politische Aussagen ein. Bei der zentralen Wahlveranstaltung der SPD am 25. September im überfüllten Saal des Kath. Vereinshauses sprach der Ministerpräsident Heinz Kühn. Die Presse schreibt zum Ablauf der Veranstaltung: ‚Der Ministerpräsident setzte sich mit den jungen Leuten auseinander. Es machte ihm offensichtlich Spaß, mit welchem Heißhunger nach Information sie ans Mikrofon drängten‘⁵. Zur Frage nach dem Verbot der NPD sagte er: ‚Bei einem entsprechenden Kabinettsantrag (in Bonn) stimmten die SPD-Minister für ein Verbot, aber sie sind in Bonn ja nicht in der Mehrheit.‘ Den Kanzlerkandidaten der SPD Willy Brandt bezeichnete er als den bedeutendsten Außenminister seit Gustav Stresemann. ‚Immer sei die SPD, die in ihrer über 100jährigen Geschichte nie an der Vorbereitung eines Krieges mitgewirkt habe, für die Sicherung des Friedens eingetreten. Diese Tradition setze Willy Brandt konsequent fort.‘⁶

Die Bundestagswahl wurde zum großen Erfolg für die SPD. Im Wahlkreis erhielt sie 48,3% der Stimmen, die CDU bekam 39,5%. Direkt in den Bundestag gewählt wurde Heinz Junker.

In der Stadt Gütersloh war die Neugliederung des Kreises Wiedenbrück das zentrale kommunalpolitische Thema. Nach langen intensiven Debatten stimmte die SPD in der entscheidenden Sitzung im März 1969 den Gebietsänderungsverträgen zu. Ab dem 1. Januar 1970 sollten damit rd. 20.000 Bürger der Gemeinden Avenwedde, Ebbesloh, Friedrichsdorf, Hollen, Isselhorst, Niehorst und Spexard zu ‚Güterslohern‘ werden. Willy Eichberg bemerkte dazu in seiner Erklärung im Rat:





„Die Stadt wird hier zunächst im wesentlichen der gebende Teil sein. Die Früchte dieser Neuordnung werden vorerst die Hinzukommenden ernten.“⁷

Die organisatorische Konsequenz dieser Neuordnung war die Gründung des ‚SPD-Stadtverbandes Gütersloh‘ am 28. November 1969 in der Parkschänke. Vorsitzender des Stadtverbandes wurde Wilfried Gottsleben, sein Stellvertreter Günter Schandert. Die Ortsvereine Avenwedde-Friedrichsdorf und Iselhorst blieben unter dem Dach des Stadtverbandes weiterhin selbständig, die Spexarder Genossinnen und Genossen gliederten sich dem Gütersloher Ortsverein an.





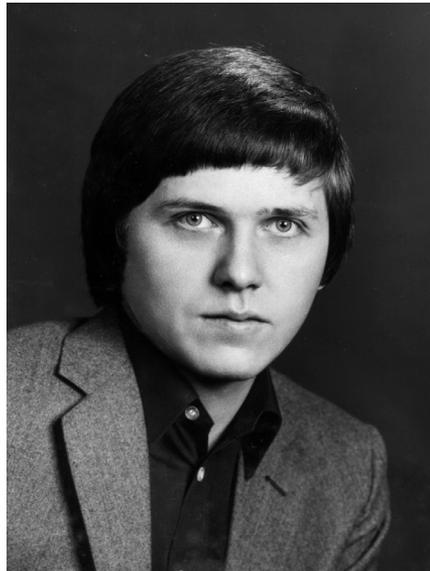
DIE „WILDEN“ 70ER JAHRE

„Inhaltlich bestimmte Radikalität erzeugt überhaupt erst ein Reform-Klima“, diese Aussage von Oskar Negt¹ charakterisiert den Prozess der intensiven Auseinandersetzung im Gütersloher Ortsverein in den 70er Jahren zutreffend.

In der Wiederbelebung und Stärkung der marxistischen Strömung in der SPD suchten vor allem Jungsozialisten und Intellektuelle eine neue Identität zu finden. In Ostwestfalen trafen sich die Repräsentanten der Linken im Herforder Kreis. Regelmäßige Treffen an Wochenenden, u.a. im Gasthaus Hertel, dienten der programmatischen Diskussion und der strategischen Planung, linke Mehrheiten auf allen Parteiebenen zu erreichen.

Beispielhaft für die Teilnehmer aus dem Gütersloher Ortsverein seien hier Dieter Knobelsdorf, Eva Meinerts und Manfred Walhorn genannt. In den ‚Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD‘, an deren Erarbeitung Manfred Walhorn (Abb.47) beteiligt war, ist eine zusammenfassende Darstellung der programmatischen Vorstellungen der Linken in OWL erhalten.² Ausgangspunkt einer Gesellschaftsanalyse in den Herforder Thesen ist ein Zitat des sozialdemokratischen Politikers und marxistischen Theoretikers Rudolf Hilferding:

„Ökonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Ver-



47 | MANFRED WALHORN





fügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates.“³

Die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und die daraus entwickelten Konsequenzen für die praktische Politik führten, besonders in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, in den 70er Jahren zu erbitterten Auseinandersetzungen. Flügel- und Fraktionskämpfe bestimmten einen großen Teil der Arbeit der Jugendorganisation. Drei große Richtungen ließen sich unterscheiden:

- die reformistische Linie des Bundesvorstandes,
- die Stamokap-Gruppe und
- die Antirevisionisten.

Die rechthaberischen Debatten beschränkten sich nicht nur auf die Gremien der Jungsozialisten, auch in den Ortsvereinen verschreckten sie die Mitglieder durch eine Art Geheimsprache und eine gewisse elitäre Arroganz. Über 10 Jahre haben diese Einflüsse den Gütersloher Ortsverein und darüber hinaus auch den Unterbezirk mit geprägt. Obwohl die Mitglieder ab 1969/70 zunehmend dem linken Spektrum der Partei zuneigten, war nur ein kleiner Teil an den Theoriedebatten beteiligt.

Die Nominierung der Kandidaten für die Wahlen zum Stadtrat und zum Kreistag am 15. März 1970, die in der völlig überfüllten Parkschenke stattfand, vermittelte einen Eindruck von den beginnenden Auseinandersetzungen zwischen den Linken und den Rechten im Ortsverein. Durch die Kandidaturen von Eva Meinerts, Lothar Trede und Dieter Knobelsdorf auf sicheren Plätzen der Reserveliste, wurde eine Einzelabstimmung um nahezu jeden Platz der Liste erzwungen. Die Versammlung ging weit über Mitternacht hinaus und endete mit einem klaren Erfolg der neuen Linken.

Für die erste Wahl nach der Gebietsneuordnung setzte die SPD ihre programmatischen Schwerpunkte in den Bereichen Schulen und Bildung, Stadtplanung und Verkehr sowie Kultur und Sport. Für die Planung von Schulen galt, dass in allen Stadtgebieten Schulzentren zu schaffen seien, die mehrere Schulformen in räumlicher Nähe zusammenführten. Ganztagschulen und Kindertagesstätten werden gefordert, um mehr Chancengleichheit für alle Kinder und mehr Möglichkeiten für die Berufstätigkeit von Frauen zu eröffnen. Damit die größere Stadt, mit jetzt 75.000 Einwohnern, auch zusammenwächst, müssen die Verkehrsverbindungen zu den Ortsteilen verbessert und dort für





die Versorgung der Bürger leistungsfähige Nebenzentren entwickelt werden. Für die Innenstadt fordert die SPD eine Fußgängerzone, um für den Einzelhandel und die gesamte Bevölkerung die Attraktivität der City zu stärken. Die Forderung nach einem Kulturzentrum und das Eintreten für den Ausbau des Heidewaldstadions und die Modernisierung des Parkbades beschließen das Wahlprogramm.

Das Wahlergebnis war für die SPD enttäuschend. Zum ersten Mal nach 14 Jahren verlor sie mit 41% gegenüber der CDU mit 49% die Mehrheit der Wählerstimmen. Die Eingemeindungen von Avenwedde, Friedrichsdorf, Spexard und des Kirchspiels Isselhorst bewirkten eine deutliche Verschiebung der politischen Mehrheiten.

Die Gütersloher SPD pflegte seit Beginn der 60er Jahre einen regelmäßigen Kontakt zu dem großen ‚Kämpfer und Visionär‘ Willy Brandt. Seine neue Ost- und Friedenspolitik, auf der Basis ‚Wandel durch Annäherung‘ und seine Ermutigung „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ beflügelte auch die Menschen in den Ortsvereinen. Der Bundeskanzler Willy Brandt machte endlich Schluss mit den Phrasen wie ‚SBZ‘ und ‚sogenannte DDR‘. Schritt für Schritt schloss er die Ostverträge ab und sorgte damit für eine deutliche Entspannung und eine sich weiterentwickelnde Normalisierung zwischen den Völkern. Die SPD in OWL beteiligte sich an dieser Normalisierung, indem sie vielseitige internationale Kontakte knüpfte. Mit der Leipziger Universität gab es einen Austausch über die Bildungspolitik. Eva Meinerts organisierte ein internationales Seminar zu sozialdemokratischer Kommunalpolitik und eine Fahrt für die SPD-Mitglieder zur sozialistischen Partei in Warschau, danach fuhr man weiter nach Krakau und Auschwitz. Am Beginn der 70er Jahre waren das mutige Unternehmungen. Eva Meinerts erinnert sich:

„Die politische Abteilung der Kriminalpolizei in Bielefeld, das berühmte K14, beobachtete das mit Misstrauen, seine Beamten kamen manchmal zu mir, um mich auszufragen: wer, was, wo, worüber usw. Wir hielten das durch.“⁴

Am 3. Juni 1970 besuchte Willy Brandt Gütersloh. Er sprach vor 8.000 Menschen von der Treppe des alten Rathauses. Seine Wahlrede, im Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, nahm neben der breiten Themenpalette zu Arbeitslosigkeit, Ausbildungsplätzen und Sozialpolitik auch die öffentliche Debatte um die Ostverträge auf. Er reagierte auf den Zwischenruf „Oder-Neiße!“ und sagte: „Viele, die es besser wussten, haben unseren Heimatvertriebenen nicht die Wahrheit gesagt.“ Zu seinem

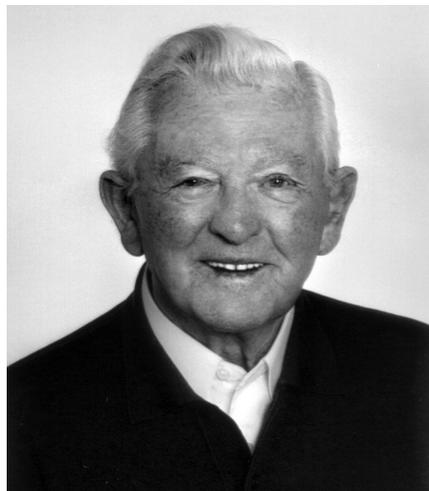




Treffen mit dem Vorsitzenden des Ministerrats Willi Stoph bemerkte er:

„Wir denken nicht daran, Unrecht nachträglich anzuerkennen, aber keine Regierung kann glauben, wir könnten nach 25 Jahren den Zweiten Weltkrieg noch gewinnen!“⁵
Zu Verhandlungen gab es keine Alternative.“

Landtagskandidat für die SPD in Gütersloh war Hans-Jörg Drewniak, der auch mehrmals in die Funktion des Unterbezirksvorsitzenden gewählt wurde. Nach der Wahl konnte die Landesregierung unter dem Ministerpräsidenten Heinz Kühn ihre Arbeit fortsetzen, das Wahlergebnis in der Stadt Gütersloh lautete 44,03 % für die SPD, 48,58 % CDU.



48 GÜNTHER SCHANDERT

Im Februar 1971 gab es einen Wechsel im Amt des Ortsvereinsvorsitzenden. Gewählt wurde Günther Schandert. Er sollte dieses Amt bis 1977 behalten. Mit Günther Schandert (s. Abb.48) hatte die SPD in Gütersloh die Persönlichkeit ausgewählt, die in dieser turbulenten Zeit besonders gut geeignet war, bei den Auseinandersetzungen eine vermittelnde Rolle einzunehmen. Schandert wurde am 2. März 1925 in Radegast/Anhalt geboren. Er erlernte den Beruf des Bauschlossers. Nach dem Krieg kam er 1948 als Schlosser zur Firma Görlicke nach Bielefeld. Seit Januar 1949 Mitglied der IG-Metall, arbeitete er intensiv an seiner Weiterbildung, u.a. im Studium an der ‚Akademie für Wirtschaft und Politik‘ in Hamburg, und übernahm ab 1960 als Gewerkschaftssekretär des DGB die Nebenstellen Halle und Gütersloh. Seit 1955 war er Mitglied der SPD. Als Rats- (1964–84) und Kreistagsmitglied (1970–89) lag ein Schwerpunkt seiner ehrenamtlichen Arbeit im Bereich der Kommunalpolitik. Von 1970–1984 war er Stellvertretender Bürgermeister in der Kreisstadt. Seine erste Wahl zum Ortsvereinsvorsitzenden im Februar 1971 belegt eindrucksvoll, welch großes Vertrauen die Mitglieder Günther Schandert entgegenbrachten. Das Stimmergebnis lautete 104 Stimmen für ihn, eine einzige Stimme gegen ihn.





49 SPD-FRAUENGRUPPE 1971

Niemals später hat es so viele Aktivitäten im Gütersloher Ortsverein gegeben wie in den 70er Jahren. Die Frauengruppe um Eva Meinerts (s. Abb. 49) machte den Anfang und reagierte auf das zunehmende Interesse der Frauen an den politischen Zeitfragen. Es musste etwas Neues entstehen, und so erfand man den ‚Politischen Frauenclub‘. Hier trafen sich alle 14 Tage Frauen, die diskutierten und die auch ganz praktisch durch Gesprächsführung, Vorträge und das Verfassen von Presseberichten an die politische Arbeit herangeführt wurden. Von 1970 bis 74 war dieser Kreis aktiv und löste sich auf, als viele Mitglieder der SPD beigetreten waren und ihr Engagement in der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) fortsetzten. Mit der Arbeitsgemeinschaft Stadtplanung, die als Versammlungslokal den Handelshof gewählt hatte, schuf sich der Ortsverein ein Gremium, das konzentriert an den z.T. komplexen Sachfragen der kommunalen Planungspolitik arbeitete. Viele Anträge zur Verkehrsentwicklung, zum Schutz historischer Bauten, zur Belebung der Innenstadt und zur Flächennutzung wurden hier vorbereitet. Hier entstand z.B. im März 1971 der Antrag auf Einrichtung einer ersten Fußgängerzone in Gütersloh. Im November 1972 wurde das erste Teilstück unter dem Motto ‚Centrum mit Herz‘ eingeweiht.





Die sozialliberale Regierung plante substantielle Veränderungen bei den Arbeitnehmerrechten durchzusetzen. Die Bereiche Unternehmensmitbestimmung, Berufsbildungsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz sollten im Sinne echter Demokratisierung weiterentwickelt werden. Im Ortsverein sammelten sich um Jürgen Jentsch als Gründungsmitglied Gewerkschafter und initiierten die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer (AfA), die sich auf der Unterbezirksebene für eine breite Diskussion von Arbeitnehmerrechten einsetzte (s. Abb. 50). Jürgen Jentsch wurde 1973 zum ersten Vorsitzenden der AfA gewählt und sollte in diesem Amt 19 Jahre wiedergewählt werden.

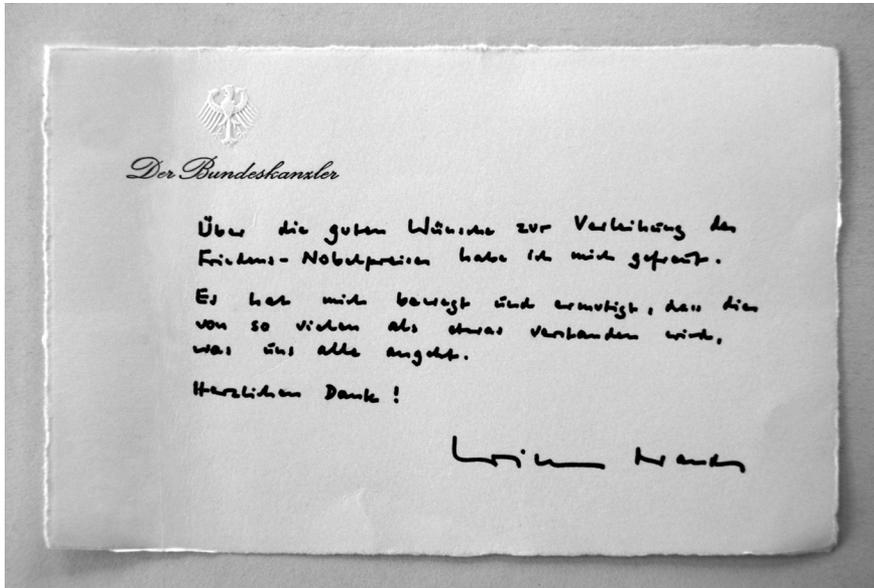
In den Bezirken der Stadt Gütersloh entstanden Stadtteilorganisationen. Die Ratsvertreter, verstärkt durch die Parteimitglieder in diesen Bereichen, trafen vor Ort zu Gesprächsabenden zusammen und diskutierten die kommunalpolitischen Fragen mit interessierten Bürgern.

Die Gruppe der Jungsozialisten schaffte sich mit dem Juso-Laden „Radieschen“ in der Feldstraße einen neuen Treffpunkt. Auf Ortsvereinsebene, später für den gesamten Juso-Unterbezirk Gütersloh-Wiedenbrück, wurde die Monatsinformation ‚die basis‘ herausgegeben. Manfred Walhorn, Rolf Möller, Volker Tappe u.v.a.m. verfassten hier Grundsatzartikel zu den jeweils aktuellen politischen Themen. Regelmäßig veranstaltete Seminare auf der Ebene des Unterbezirks und des Bezirks OWL spiegeln im Hinblick auf die inhaltliche Schwerpunktsetzung wieder, dass es vorrangig um die marxistische Gesellschaftsanalyse ging. Im Wechsel mit bundesrepublikanischen Re-



50 AFA-VORSTAND IM GRÜNDUNGSJAHR 1973





51 DANKSCHREIBEN VON WILLY BRANDT VOM FRÜHJAHR 1972

ferenten (z.B. Karl Rauchschalbe, Thomas von der Vring, Arno Klönne) wurden auch Hochschullehrer aus der DDR (Prof. Stein, Leipzig, Dr. Hilgenberg und Dr. Görschler, Leipzig) eingeladen.⁶

Neben der Unterstützung und Beratung der Kriegsdienstverweigerer, der Mitorganisation überregionaler Großdemonstrationen gegen den Vietnamkrieg, so z.B. am 19. Januar 1973 am Alten Markt in Bielefeld, engagierten sich die Jusos auch in der Gütersloher Kommunalpolitik. Sie forderten ‚Parteiöffentlichkeit‘ für alle Fraktionssitzungen, der Antrag wurde im Ortsvereinsvorstand abgelehnt. Sie setzten Beobachter ein, die die Fraktionsarbeit kritisch begleiten und darüber regelmäßig Bericht erstatten sollten.

Auf der Bundesebene eskalierte die Auseinandersetzung über die Ost- und Friedenspolitik Willy Brandts. Brandt wurde im Oktober 71 für diese Politik mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Auch der Gütersloher Ortsverein gratulierte und erhielt einen persönlichen Dankesbrief zurück. (s. Abb. 51)

Im April 1972 versuchte die CDU, die sozialliberale Regierung durch ein Misstrauensvotum zu stürzen. Dies misslang und die Konsequenz waren Neuwahlen im November 1972. Der Wahlkampf stand ganz im Zeichen der





Ost- und Friedenspolitik und war zentral auf die Person des Bundeskanzlers ausgerichtet. ‚Willy wählen‘ lautete die Parole. Mit dem höchsten Wahlerfolg in der Geschichte der Bundesrepublik erhielt die Politik Willy Brandts von der Mehrheit der Bürger eine eindrucksvolle Bestätigung.

In Gütersloh erreichte die SPD 46 % der Zweitstimmen gegenüber 42 % für die CDU. Nach diesen Wahlen konnte die sozialliberale Regierung ihre Politik der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn und der demokratischen und sozialen Erneuerung der Gesellschaft, gestärkt durch das eindeutige Wählervotum, fortsetzen.

Innerhalb der Struktur der sozialdemokratischen Partei hatte sich ein erheblicher Wandel abgezeichnet. Zwar bildeten die Arbeiter noch immer die größte Gruppe bei den Mitgliedern, aber insgesamt gab es eine deutliche Verschiebung der Mitgliederstruktur zu Gunsten der Mittelschichten. Die SPD zählte 1973 fast eine Million Mitglieder, der Anteil der unter 40jährigen lag bei 75 %.

Harte Auseinandersetzungen gab es in der Partei in dieser Zeit besonders um die Klärung der Abgrenzung nach links – zu den Kommunisten. Mit dem von den Ministerpräsidenten verabschiedeten Erlass vom Januar 1972 (‚Radikalenerlass‘) wurde das positive Bekenntnis zur ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes‘ zum Kriterium für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erhoben. Hunderttausende junger Menschen mussten sich die Überprüfung ihrer staatsbürgerlichen Gesinnung gefallen lassen. Berufsverbote waren für viele das traurige Ergebnis einer oftmals hysterisch geführten Kampagne. Die SPD hatte für ihre Mitglieder schon im November 1970 eindeutige Beschlüsse zur Zusammenarbeit mit Kommunisten gefasst. Dort hieß es: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionseinheit.“ Bei Zuwiderhandlungen wurde ein Parteiverfahren angedroht. Über 10 Jahre haben der ‚Radikalenerlass‘ und die sog. ‚Berufsverbote‘, besonders in der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, eine zentrale Rolle gespielt. Im Hinblick auf die angestrebten systemverändernden Reformen, die zum Programm der Jusos gehörten, strebten sie ein breites Bündnis an, das allerdings von der Gesamtpartei eindeutig abgelehnt wurde. Die Parteiausschlussverfahren gegen z.B. Heinrich Lienker aus Harsewinkel und Klaus-Uwe Benneter aus Berlin wurden aus dem Gütersloher Ortsverein heraus vehement kritisiert. Erste Beschlüsse zur Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses fasste der Ortsverein schon im Februar 1973 und dann regelmäßig immer wieder bis zum Ende der 70er Jahre.





Gegen die Vietnampolitik von US-Präsident Richard Nixon protestierten am 22. Januar 1973, dem Tag seiner 2. Amtseinführung, der SPD-Ortsverein, die SPD-Ratsfraktion und die Jungsozialisten in der Gütersloher Innenstadt (s. Abb. 52).

Für den 4. Mai 1975 waren Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen angesetzt. Günther Schandert führte die Liste für die Gemeinderatswahlen an, Dieter Knobelsdorf war der sozialdemokratische Kandidat für den Düsseldorfer Landtag. Dieter Knobelsdorf (s. Abb. 53), Studiendirektor am Ev.Stift.Gymnasium, war für die SPD in Gütersloh in der Zeit von 1970 bis 1984 eine der bedeutendsten Persönlichkeiten. Über den Bereich seines unermüdlichen Einsatzes für die Sozialdemokratie hinaus hat er sich in vielen Bereichen des Gütersloher Kulturlebens engagiert und einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen.

Dieter Knobelsdorf wurde 1933 in Minden geboren. Er studierte Deutsch und Englisch und kam Ostern 1961 an das Ev. Stift. Gymnasium nach Gütersloh. Schon im Dezember 1961 moderierte er politische Veranstaltungen der Jusos und der Jungdemokraten in Gütersloh. Der ‚Hobby-Marxist‘ (Knobelsdorf über Knobelsdorf) engagierte sich in den 60er Jahren vor allem im Bereich der lokalen Jugendkultur. Im Volkening-Bildungswerk, der Volkshochschule, im Jugendfilmring und Jugendkulturring, überall leistete er seinen wegweisenden Beitrag. 1969 trat er in die SPD ein, ab 1970 bis 1984 gehörte er der Ratsfraktion der SPD an und übernahm hier gleich die Funktion des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Sein intellektuelles Format und seine

rhetorische Brillanz, gepaart mit spitzer Ironie, haben ihm Respekt und Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinaus verschafft. Das Schul- und Kulturleben hat er nachhaltig beeinflusst. Kaum Mitglied des Rates, forderte er schon 1970, das Kulturamt als selbstständiges Amt der Stadtverwaltung zu organisieren



52 SPD-DEMONSTRATION GEGEN DEN VIETNAMKRIEG AM

22. JANUAR 1973 IN DER GÜTERSLOHER INNENSTADT





53 DIETER KNOBELSDORF

und einen Fachmann als Leiter einzusetzen. Mit dem Kulturdezernenten Günter Ochs war er freundschaftlich verbunden. Das Theaterprogramm war in dieser Zeit so attraktiv, dass es oftmals schwer war, eine Karte zu bekommen. Dieter Knobelsdorf hat von allem Anfang an für den Bau von Schulzentren an Stelle von Einzelschulen gekämpft. Für ihn war schon in den 70er Jahren klar, dass das Festhalten der CDU an den überkommenen Strukturen des dreigliedrigen Schulsystems nicht zukunftsfähig war. Gegen die frühzeitige Selektion der Schüler setzte er auf Gesamtschulen und Ganztagschulen, diese wären besonders gut geeignet, die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten und familiäre Defizite aufzuarbeiten.

Neben der Ratsarbeit war Dieter Knobelsdorf in vielen Funktionen der Partei aktiv. So in Ortsvereins-, Unterbezirks- und Bezirksvorstand. Als Mitglied des Parteirats hatte er Kontakt zu den Spitzen der Sozialdemokratie. Sein Wort hatte überall Gewicht. Mit großem Bedauern reagierten darum Partei und Fraktion auf die Entscheidung von Dieter Knobelsdorf, nach 1984 nicht nochmals für ein Ratsmandat anzutreten. Durch sein Ausscheiden entstand eine nur schwer zu schließende Lücke. Seine Kompetenz und seine preußische Arbeitsdisziplin, die er 15 Jahre für die SPD eingesetzt hatte, stellte er auch dem Heimatverein zur Verfügung. An der Konzeption des Stadtmuseums hatte Dieter Knobelsdorf einen ganz wesentlichen Anteil .

Die Wahlen vom 4. Mai 75 brachten keine wesentlichen Veränderungen. Trotz eines guten Ergebnisses konnte Dieter Knobelsdorf das Landtagsmandat nicht gewinnen. Auch die Ratsmehrheiten änderten sich kaum. Die CDU stellte 25, die SPD 20 und die FDP 6 Ratsmitglieder. Im Land regierte weiterhin eine sozialliberale Koalition unter dem Ministerpräsidenten Heinz Kühn. 1973 leitete der ‚Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit‘ mit dem





Titel ‚Die Grenzen des Wachstums‘ eine weltweite Sensibilisierung für die Belange des Umweltschutzes ein.

In Gütersloh entwickelte sich eine intensive Auseinandersetzung zu Umweltfragen entlang der Themenkreise: Gewässerausbau, Flurbereinigung und Ausbau des Straßennetzes.

Hatte schon der Eickhoff-Kreis des Heimatvereins im Jahr 1970 energischen Protest gegen die Kanalisierung der Dalke im Bereich des Stadtparks erhoben, so ist es vor allem Eva Meinerts zu danken, dass die SPD diese Kritik aufnahm und für viele Jahre einen erbitterten Kampf gegen die überdimensionierten Ausbaupläne unserer heimischen Gewässer führte. Nach der Devise ‚Das Wasser muss möglichst schnell weg‘ und ‚Ein Wasserlauf muss ordentlich und gerade sein‘ waren im Kreis Gütersloh schon einige besonders brutale Ausbaubeispiele z.B. an Ems und Wapel zu besichtigen. Natürlich gab es Hochwasserprobleme, die im Interesse der Anwohner gelöst werden mussten, dafür aber gab es eine Anzahl von Maßnahmen (Entsandung, Verbreiterung der Durchlässe, Rückhaltebecken, Umfluten u.a.m.), die die ökologische und landschaftliche Qualität der Flüsse nachhaltig schützen und bewahren konnten. Lothar Trede und später Christine Göbel waren, neben Eva Meinerts, die engagiertesten Kämpfer gegen die Kanalisierung von Dalke, Schlangenbach und Lichtebach. Breite bürgerschaftliche Unterstützung erhielt die SPD für ihre konsequente Haltung auch bei der Frage der Flurbereinigung in Isselhorst.

Das Flurbereinigungsgesetz stammte aus dem Jahr 1953 und wurde mehrfach novelliert. Der Zweck des Gesetzes in der Fassung vom März 1976 lautete: „... die Förderung der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Erzeugung und der allgemeinen Landeskultur“. Vor allem zum Vorteil landwirtschaftlicher Großbetriebe sollte eine ‚maschinengerechte Landschaft‘ entstehen, bei deren Gestaltung die planungsrechtliche Durchsetzung ohne die sonst üblichen Planfeststellungsverfahren und ohne Bürgerbeteiligung durchgesetzt werden konnte. Das Bundesverwaltungsgericht hatte im Jahr 1968 festgestellt: „Die Anordnung der Flurbereinigung erfolgt von Amts wegen. Einer Zustimmung oder Ablehnung der Beteiligten bedarf es nicht.“ Den betroffenen Gemeinden wurde im §5 Abs.2 ein Anhörungsrecht eingeräumt. Die zuständige Behörde für die Durchführung der Flurbereinigung war das Landesamt für Agrarordnung in Münster.

Anfang der 70er Jahre wurde das Verfahren im Kirchspiel Isselhorst eingeleitet und ging seinen behördlichen Gang. Größere Resonanz in einer breiten





54 DEMO GEGEN FLURBEREINIGUNG

Öffentlichkeit bekam das Thema ab 1974. Eine große Zahl von Grundstückseigentümern hatte gegen die Planungen Einspruch erhoben. Die SPD hat von allem Anfang an ihre Position – keine Flurbereinigung gegen den Willen der Betroffenen – konsequent durchgehalten. Starke Unterstützung erhielten die Gegner auch von der GNU, der Gemeinschaft für Natur- und Umweltschutz im Kreis Gütersloh. Diese erst 1973 gegründete Gemeinschaft, zu der als Gründungsmitglieder Sozialdemokraten aus Rheda und Eva Meinerts aus Gütersloh gehörten, machte den Widerstand gegen die geplante Landschaftszerstörung zu ihrem wichtigsten Anliegen.

Viele Debatten in den Gremien des Rates bewegten sich um die Frage der Zuständigkeit. Für die SPD war klar, dass ein klares Votum des Rates, als Unterstützung für die überwältigende Zahl der Gegner einer Flurbereinigung, auch für die Behörde nicht ohne Folgen bleiben würde. Bürgerversammlungen, Protestdemonstrationen wie die Fahrraddemo im Juni 78 unter dem Motto „Hände weg von der Isselhorster Landschaft“ und viele Gespräche vor Ort mit den betroffenen Landwirten gehörten zu den Aktivitäten, die die SPD organisierte und mit unterstützte (s. Abb. 54).





Für die CDU hatte Ratsherr Lütke-meier am 10.02.77 erklärt, „im Rahmen der Anordnung der Flurbereinigung sei der Rat nicht zuständig. Er habe aber aus den Eingemeindungsverträgen seine Pflichten zu erfüllen. Dieser Verpflichtung könne er am besten in einem Flurbereinigungsverfahren nachkommen.“⁷

Die Wellen schlugen hoch in Isselhorst. Karl Piepenbrock, Sprecher der Interessengemeinschaft gegen geplante Flurbereinigung, zitierte in einem Leserbrief den Isselhorster Ortslandwirt, auch er CDU-Mitglied, der sich geäußert habe, „dass alle Flurbereinigungsgegner Verbrecher seien.“⁸

Stellte die SPD im Bauausschuss (wie am 16.3.1978) den Antrag:

„Die Stadt Gütersloh lehnt die Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens gegen den Willen der Mehrheit der Beteiligten ab“,

dann stimmte die CDU dagegen und die FDP enthielt sich der Stimme.

Willy Eichberg, Günther Schandert und Lothar Trede machten sich auf den Weg und intervenierten beim zuständigen Minister Deneke in Düsseldorf. Der Minister unterstrich in diesem Gespräch, „dass bei der Entscheidung über ein Flurbereinigungsverfahren nicht mehr allein die Fragen der landwirtschaftlichen Produktion ausschlaggebend seien. Gleichberechtigt würden heute auch Umweltschutz und Erholungswert einer intakten Landschaft im näheren Einzugsbereich gewichtet.“⁹

In der Septembersitzung des Rates der Stadt Gütersloh kam es zur Abstimmung über den Antrag der SPD, der darauf abzielte, dass die Stadt Gütersloh die Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens im Raum Isselhorst-Niehorst gegen den Willen der Beteiligten ablehnt. Abstimmungsergebnis: 29 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. Neben den SPD- und einigen FDP-Ratsmitgliedern hatte auch der Isselhorster CDU-Vertreter für den SPD-Antrag gestimmt. Das Ratsvotum überzeugte mit den Stimmen der vielen betroffenen Gegner auch die zuständige Behörde. Im März 1980 wurde die Flurbereinigung durch den zuständigen Minister Bäumer eingestellt. Ein Verfahren der Befürworter, das bis zum Bundesverwaltungsgericht in Berlin geführt wurde, besiegelte die endgültige Einstellung des Flurbereinigungsverfahrens. Dieser entschlossene Kampf gegen einseitig auf ökonomische Vorteile weniger gerichteten Maßnahmen der Landschaftszerstörung hat später auch den Minister Klaus Matthiesen veranlasst, alle Flurbereinigungsverfahren im Kreis Gütersloh einzustellen.

Ein weiteres umstrittenes Großprojekt in dieser Zeit war die Verkehrsplanung zum Bau der A47 (B 61n). Dieses Vorhaben, das schon im Landesent-





wicklungsprogramm aus dem Jahr 1964 enthalten war, verfolgte das Ziel, neben der A2 im Osten von Gütersloh eine weitere großräumige Verbindung zwischen Bielefeld, Gütersloh und Münster zu schaffen. Die Trasse sollte von Bielefeld aus parallel zur Bahnlinie verlaufen, im Bereich der B61 (Gasthaus Kuhlmann) über den Postdamm, zwischen der Siedlung ‚Auf der Höhe‘ und dem Stadtteil Blankenhagen hindurch in Richtung Ems und weiter zum sogenannten Pixeler Kreuz (Autobahnkreuz) geführt werden.

Eva Meinerts, selbst wohnhaft in der Siedlung an der Kahlertstraße und Mitglied des Gütersloher Kreistages, bekam Kenntnis von diesen Planungen, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre aktuell wurden. Frau Meinerts kopierte die Pläne des Trassenverlaufs und sorgte dafür, dass diese Information an alle betroffenen Anwohner der geplanten Autobahn verteilt wurde. Der Unmut der Bürger machte sich in einer ersten Versammlung in der Schule an der Austernbreite bemerkbar. Eine weitere überregionale Großveranstaltung der Gegner dieser Autobahn fand im Auditorium Maximum in der Bielefelder Universität statt.

Viele Mitglieder des SPD-Ortsvereins beteiligten sich auch an der von der GNU und anderen organisierten Fahrraddemonstration zum Pixeler Kreuz. Der breite bürgerschaftliche Protest blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Debatten im Rat der Stadt. Schon im November 1978 forderte Gerhard Lüdeling für die SPD-Fraktion, (s. Abb. 55) dass der Rat einen Beschluss fassen solle mit dem Ziel, die Trasse der A47 aus dem Flächennutzungsplan zu streichen. Eindeutig sein Urteil: Die A47 ist überflüssig! Es dauerte dann doch noch einige Zeit, bis auf einen gleichlautenden Antrag der FDP hin im Mai 1979 ein einstimmiger Beschluss des Rates gegen die A47 zustande kam.

Auf der Bundesebene hatte es 1974 einen Wechsel im Amt des Bundeskanzlers gegeben. Willy Brandt, der die Verantwortung im Zusammenhang mit dem Spionagefall Guillaume übernommen hatte, übergab das Amt an Helmut Schmidt. In vielen politischen Funktionen hatte sich Helmut Schmidt großes Ansehen erworben. Seine Tatkraft und Sachkenntnis, insbesondere auf dem Gebiet der Wirtschaft, verschafften ihm schnell Anerkennung im In- und Ausland. Die Auswirkungen des ‚Jom-Kippur-Krieges‘ im Jahre 1973 und die damit verbundenen drastisch steigenden Ölpreise führten in eine weltweite Rezession. Das Bruttosozialprodukt stieg im Jahr 1974 nur noch um 0,2% und sank 1975 um 1,4%. Die Diskussion wirtschaftspolitischer Fragen rückte darum neben den sozialpolitischen immer mehr in den Mittelpunkt





55 SPD-RATSFRAKTION IM JAHR 1975

der innerparteilichen Meinungsbildung. Ab 1975 fand auch im Gütersloher Ortsverein eine rege Debatte zum ‚Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985‘ statt. Dieses Programm sollte ein Zwischenglied zwischen Tagespolitik und Grundsatzprogramm schaffen.

Mit großem Eifer wurden von den Ortsvereinsmitgliedern Anträge zu allen Politikfeldern verfasst. Allein in der Mitgliederversammlung im September 1975 wurden im Kath. Vereinshaus sieben Anträge zum Orientierungsrahmen verabschiedet. Charakteristisch im Hinblick auf das Plädoyer für eine Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft heißt es dort z.B.:

„Um die Ziele sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik zu erreichen, bedarf es geeigneter Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses.“

Die Programmdiskussion wurde in Gütersloh von einer breiten Mitgliedschaft getragen. Die sozialliberale Koalition, die sich im Jahr 1976 der Wahl stellen musste, hatte die wirtschaftliche Krisensituation der Jahre 1973 bis 1975 gut bewältigt, das soziale Netz in vielen Bereichen weiterentwickelt und konnte nach dem bestätigenden Wahlergebnis vom Oktober 1976 weiterregieren. Bis 1980 folgte eine relativ stabile Regierungsphase, wobei die





Bundesregierung unter Helmut Schmidt auch im Jahr 1977 bei der Herausforderung durch den Terrorismus Stärke und ein richtiges Maß bewies. Die Jahrzehnte währende Auseinandersetzung zwischen der Union und den Sozialdemokraten über die Struktur des Bildungswesens erreichte in NRW im Jahre 1976 einen ersten Höhepunkt. Das Festhalten der CDU am selektiven dreigliedrigen Schulwesen traf auf das schrittweise Bemühen der sozialliberalen Landesregierung, dieses starre System zu verändern. Mit dem Gesetz vom 9.11.76 zur ‚Kooperativen Schule‘ wurden mehrere bildungspolitische Ziele verfolgt. In Übereinstimmung mit dem Bildungsgesamtplan hatte die Landesregierung den Bau von Schulzentren seit 1970 für verbindlich erklärt. Das Schulwesen sollte nun in Richtung auf eine Zusammenfassung des Sekundarbereichs I weiterentwickelt werden. Hier ein Auszug aus dem Gesetz:

„In Gebieten mit geringer Siedlungsdichte können zur Zeit nicht alle Bildungswege der Sekundarstufe I ortsnah angeboten werden... Zur Verwirklichung der im Bildungsgesamtplan festgelegten Bildungsziele, zur optimalen Nutzung der vorhandenen Schulzentren in unserem Lande und zur Sicherung eines vollständigen Bildungsangebots in dünner besiedelten Gebieten ist deshalb eine Verbesserung des Schulangebots durch die Kooperative Schule notwendig. In ihr sind die Schulformen der Sekundarstufe I organisatorisch zu einer Schule zusammengefasst.“⁹

Auf die durch die Zusammenfassung verschiedener Schulformen ermöglichte Verbesserung der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler, entsprechend ihren Begabungen und Neigungen, wurde im Gesetz besonders hingewiesen. Zu diesem Gesetz entstand eine landesweite Widerstandsbewegung, die von der CDU unterstützt wurde. Zur Kooperativen Schule wurde Anfang März 1978 ein Volksbegehren durchgeführt. Ca. 30 % aller Wahlberechtigten beteiligten sich. Eine klare Mehrheit, die besonders aus den Landkreisen in NW ihre Stimmen bezog, votierte gegen das Gesetz. Mitglieder des Ortsvereins hatten sich in Bürgerversammlungen und Leserbriefkampagnen für die Kooperative Schule als ersten Schritt in die richtige Richtung einer überfälligen Schulstrukturreform eingesetzt. Die Landesregierung ließ daraufhin die Kooperative Schule fallen. Vertreter der Bürgerinitiative gegen diese Reform erklärten, dass sie nun Front gegen die Gesamtschulen in NW machen würden.

Neben der Juso-AG war die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) die aktivste und zugleich expansivste Gruppe des Ortsvereins. Bei





den Vorstandswahlen im Jahr 1974 löste Marianne Kohlmeyer Anni Lütt als Vorsitzende ab. Ihr Ziel war es von Anfang an, die Veranstaltungen der Frauen insgesamt deutlich politischer auszurichten. Sie ging davon aus, dass Frauen, die in die Partei eintraten, besonders an Informationen und konkreten Mitwirkungsmöglichkeiten interessiert seien. Die monatlichen Treffen der ASF fanden im ‚Westfalkenkeller‘ statt. In einer ersten großen Kampagne (1975) forderten die SPD-Frauen betreute Aktivspielplätze. Aktiv-, Bau- oder Abenteuerspielplätze, nach dänischem Vorbild, seien besser geeignet, die Kreativität von Kindern zu entwickeln und durch Bauen und Konstruieren den Körper und alle Sinne zu aktivieren. An Informationsständen sammelte die ASF 1.500 Unterschriften, die mit konkreten Anträgen in den Jugendwohlfahrtsausschuss eingebracht wurden. Es dauerte dann allerdings noch bis zum Juli 1979, bis endlich der erste Abenteuerspielplatz in Blankenhagen eröffnet werden konnte.

Fragen des Eherechts, der Umgang mit dem § 218, Probleme der Gastarbeiterfrauen in Gütersloh und Umweltschutzprobleme standen auf der Tagesordnung der ASF. Gemeinsam mit der Juso-AG unterstützte man den Antrag zur Kernenergie: „Wir fordern die sofortige Stilllegung aller bereits arbeitenden Atomkraftwerke“. Im März 1977 beteiligte man sich an einer Demonstration in der Gütersloher Innenstadt gegen die ‚Atomdenkmäler‘. 300 Bürgerinnen und Bürger nahmen daran teil. Eva Meinerts warnte in ihrer Ansprache davor, dass die Probleme, die die Kernenergie verursache, auch noch die Kinder der Demonstranten beschäftigen würden. In der Atomfrage stand der Gütersloher Ortsverein gegen die Gesamtpartei und den Bundeskanzler Helmut Schmidt. Schmidt vertrat die Ansicht, dass die Kernenergie sozusagen als ‚Lückenbüßer‘ für 20 bis 30 Jahre genutzt werden müsse, bevor ausreichend alternative Energiequellen zur Verfügung stünden.

Anfang Februar 1977 löste Günter Schneider Günther Schandert als Vorsitzenden des Ortsvereins ab.

Für den 1. Juli des Jahres hatte die NPD-Jugendorganisation, die Jungen Nationaldemokraten, nach Gütersloh zu einer Kundgebung eingeladen. Der von ihnen gewünschte Veranstaltungsort ‚Berliner Platz‘ wurde ihnen durch die Ordnungsbehörde und das OVG Münster versagt. Ausweichort war der Marktplatz. Nach dem Grundsatz ‚Wehret den Anfängen‘ hatte auch die SPD eine Genehmigung für eine Gegendemonstration auf dem Marktplatz erhalten. Als, mit einiger Verspätung, der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten mit etwa 25 Anhängern eintraf und seine Rede begann, wurde





NPD hatte bei Veranstaltung in Gütersloh kein Erfolgserlebnis

SPD war zur Stelle: Klare Absage an den Radikalismus von rechts

56 | TITELZEILE NW VOM 3.07.1978

dieser Versuch im ohrenbetäubenden Lärm, den die Gegendemonstranten anzettelten, erstickt. Die SPD hatte einen Infostand aufgebaut und Flugblätter verteilt. Dort hieß es: „Nazis raus aus Gütersloh! Die SPD protestiert! Wir werden nicht zulassen, daß die Nachfolger jener Verbrecher, die Deutschland ins Verderben gebracht haben, wieder ihre Stimme in unserem Land und in unserer Stadt erheben“ (s. Abb. 56). Die SPD war mit dem Unterbezirksvorsitzenden Peter Stolper, dem Ortsvereinsvorsitzenden Günter Schneider, mit Dieter Knobelsdorf, Katrin Fuchs und etwa 50 weiteren Genossinnen und Genossen am Marktplatz vertreten. Außer einigen Mitgliedern der sog. ‚Roten Garden‘ und ‚Roten Rebellen‘ gab es keine weiteren politischen Gruppierungen, die sich an der Gegendemonstration beteiligt hätten. Die Polizei, die mit ihrem Wagenpark auf dem Schulhof des Städt. Gymnasiums in Bereitschaft stand, brauchte nicht einzuschreiten. Vor Ort des Geschehens wurden von der Polizei aber eifrig Fotos, auch von den Gegendemonstranten, gesammelt. Unter den Rahmenbedingungen des ‚Radikalenerlasses‘ war es nicht unbegründet, dass sich der Ortsvereinsvorsitzende beim Oberkreisdirektor nach der Verwendung der Fotos erkundigte. Mit Schreiben vom 24. Juli 1978 erklärte Dr. Sturzenhecker: „Die Filme werden nicht ausgewertet. Insbesondere wurden und werden keine Personenfeststellungen auf Grund der Fotos vorgenommen.“

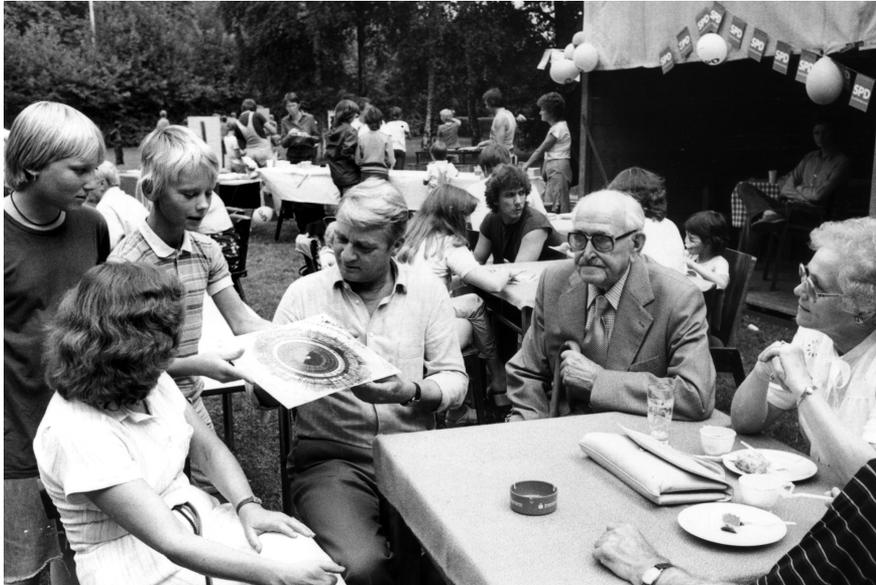
Das ‚Aufstehen gegen Rechts‘ war immer auch ein zentrales Anliegen der Jungsozialisten. Im November 1978 greifen sie den 40. Jahrestag der sog. ‚Reichskristallnacht‘ auf, um die Gütersloher Bürger über die Geschehnisse in ihrer Stadt aufzuklären. In kaum einer anderen ostwestfälischen Stadt hatte es im Rahmen des Novemberprogramms soviel Zerstörung jüdischen Besitzes gegeben wie in Gütersloh. Die Gütersloher hatten sich aber zur Entlastung eine Legende geschaffen, die ein ehemaliger Bürgermeister der Stadt noch im Jahre 1985 zu Protokoll gab: „Es waren ja keine Gütersloher dabei, die das

125





alle machten.“¹⁰ In einer Ortsvereinsversammlung im Februar 1979 erinnerte sich Lothar Trede: „...als das Buch ‚Juden in Gütersloh‘ anlässlich des Stadtjubiläums gedruckt werden sollte, mussten Namen von Leuten entfernt werden, die zum Mob der Reichskristallnacht gehörten und noch heute in Gütersloh leben. Einer habe sogar das Bundesverdienstkreuz bekommen.“¹¹ Trede: „Dem hätte ich nie zugestimmt, wenn ich das gewusst hätte.“¹¹ Die Jusos versuchten, mit Handzetteln und Plakaten an dieses düstere Kapitel unserer Stadtgeschichte zu erinnern. Am Samstag, dem 11. November, organisierten sie einen Schweigemarsch durch die Stadt mit einer Abschlusskundgebung, zu der sie als Redner den Gewerkschaftssekretär und stellvertretenden Juso-Bezirksvorsitzenden Willi Vogt eingeladen hatten. Im Februar 1979 stellten die Jusos den Antrag, in der Stadt Gütersloh das Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus neu zu beleben. Aus der Mitgliederversammlung des Ortsvereins wurde die Forderung gestellt, an der Stätte der ehemaligen Synagoge eine Gedenktafel anzubringen. Es dauerte noch 5 Jahre, bis endlich im November 1984 durch die stellvertr. Bürgermeisterin Marianne Kohlmeyer ein Gedenkstein an der Daltropstraße enthüllt werden



57 SPD-SOMMERFESTE AN DER VERLER STRASSE. AUF DEM BILD U.A. MINISTER HANS SCHWIER UND ALTBÜRGERMEISTER HERMANN VOGELANG





konnte. Es bedurfte einer längeren Auseinandersetzung im Kulturausschuss, bis auch die konservativen Mitglieder bereit waren, den wahrheitsgemäßen Text zu akzeptieren, dass nämlich die Untaten der Reichsprogromnacht von Mitbürgern unserer Stadt begangen worden waren.

Zu den festen Terminen im Jahreskalender der SPD zählten die Sommerfeste. Am Jugendheim an der Verler Straße gab es Spielstände für die Kinder, kleine Theaterspiele, eine große Tombola, Kuchen, Würstchen und Getränke und hin und wieder ein Zelt mit abendlichem Tanzvergnügen (s. Abb. 57).

In der Folge der 68er Bewegung entstanden neue Organisationsformen für die Durchsetzung bürgerschaftlicher Interessen, die Bürgerinitiativen. Diese Initiativen waren Zeichen der Vitalisierung der repräsentativen Demokratie und der Stärkung ihrer plebiszitären Elemente. Sie entstanden oftmals spontan, um auf Mängel im sozialen – oder auch im Umweltbereich – aufmerksam zu machen und durch fantasievolle Aktionen Druck auf die zuständigen Entscheidungsgremien auszuüben. Die SPD in Gütersloh hat die Verbindung zu diesen demokratischen Basisinitiativen von Anfang an gepflegt und diese Form der Selbstorganisation der Interessen als eine Bereicherung und Stärkung der demokratischen Kultur unserer Stadt angesehen.

Beispielhaft für diese Bürgerinitiativbewegung war der Kampf um eine Zufluchtstätte für misshandelte Frauen in Gütersloh. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen hatte sich 1977 mit Mitarbeiterinnen des Bielefelder Frauenhauses zusammengesetzt und die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung erörtert. Für die ASF stand im Grundsatz fest: Ein Frauenhaus hilft, wenn die Zustände unerträglich werden. Der Versuch, die Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände in Gütersloh zur Unterstützung zu gewinnen, gelang leider nicht. Bei ersten Erörterungen des Themas im Sozialausschuss zeichnete sich keine Mehrheitsmeinung für eine Zufluchtstätte für misshandelte Frauen in Gütersloh ab. Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärte: „...es gäbe doch wohl noch wohlgesinnte Bürger, die Frauen in Notsituationen helfen würden.“¹²

Im Anschluss an eine von der ASF initiierte öffentliche Veranstaltung im April 1978 gründete sich die ‚Frauenhaus-Initiative Gütersloh‘ mit dem Ziel, in unserer Stadt ein Frauenhaus einzurichten. Nach langen Debatten über den Bedarf und die Notwendigkeit kam es endlich nach zwei Jahren im Mai 1980 zur entscheidenden Beschlussfassung im Rat der Stadt Gütersloh. In diesen zwei Jahren war es durch öffentlichen Druck gelungen, auch die CDU von der Notwendigkeit eines Zufluchtsortes für Frauen zu überzeugen. Die CDU ließ





durch ihren sozialpolitischen Sprecher erklären, dass im Hinblick auf den Bedarf 4 Plätze wohl die Obergrenze bilden müssten und dass die Trägerschaft durch den Caritasverband vorgenommen werden sollte. Der Antrag der SPD stand dem entgegen. Die engagierten Frauen der Frauenhaus-Initiative hatten den Verein ‚Frauenhaus Gütersloh e.V.‘ gegründet und sich dem Paritätischen Wohlfahrtsverband als Mitgliedsorganisation angeschlossen. Nach Meinung der SPD waren diese Voraussetzungen für die Führung eines Frauenhauses ideal. Auch die FDP befürwortete eine konfessionell nicht gebundene Trägerschaft einer solchen Zufluchtstätte für alle Frauen. Mit 27 (SPD und FDP) – zu 22 (CDU) – Stimmen wurde der SPD-Antrag angenommen und damit eine mehr als zweijährige Debatte abgeschlossen.

Ein weiteres Beispiel einer gelungenen Basisinitiative war die Realisierung eines soziokulturellen Zentrums in der ehemaligen Weberei Greve & GÜth. Die Weberei hatte im Jahre 1975 ihren Betrieb eingestellt, anschließend kaufte die Stadt das Gelände und vermietete es in Teilbereichen bis 1980. Der Bebauungsplan Nr. 220 ‚Domhof‘ sah vor, das Fabrikgebäude abzureißen und das Gelände weitgehend als Parkplatz zu nutzen. Im Rahmen der Offenlage des Bebauungsplanes regte sich Widerstand gegen den Abriss dieses traditionsreichen, innenstadtnahen Fabrikgebäudes. Allzu viel historische Bausubstanz war in Gütersloh schon dem Abrissbagger zum Opfer gefallen, Initiativgruppen, der Heimatverein, die GNU und etliche Privatpersonen reichten Widersprüche gegen die Planungen ein. Im November 1979 bildete sich ein Aktionskomitee ‚Rettet die Fabrik‘. Dieses starke Interesse in der Bürgerschaft veranlasste die Stadt, den Bebauungsplan ‚Domhof‘ zu teilen und eine Untersuchung der Bausubstanz der Fabrikgebäude in Auftrag zu geben. Das öffentliche Interesse, besonders von Vereinen und Initiativgruppen, an einer Nutzung der Fabrikräume für eigene Aktivitäten war groß. Allen fehlten geeignete stadtnahe Räume. Die Initiativgruppe ‚Rettet die Fabrik‘ löste sich auf und gründete den Verein ‚Alte Weberei e.V.‘. Zweck des Vereins war es, die Nutzungsrechte für die Fabrik zu erhalten und dort ein soziokulturelles Zentrum für alle Gütersloher Bürger zu errichten.¹³

Das Engagement von Vereinsmitgliedern und Helfern war beeindruckend. Im Sommer 1980 arbeiteten 150 Entrümpler in der Fabrik und sorgten dafür, dass die Qualität der vorhandenen Gebäude überhaupt erst einmal sichtbar wurde. Walter Hauer, Motor der Initiative, referierte beim Vorstand der SPD und erhielt die Zustimmung des Gremiums für den weitgehenden Erhalt der Fabrik. Natürlich bedurfte es der differenzierten Untersuchung, wel-





che Teile der Weberei für welche Nutzungszwecke und mit welchem verantwortbaren finanziellen Aufwand erhalten werden sollten. Im Grundsatz war für die SPD klar, dieses traditionsreiche Gebäude sollte, zumindest in wesentlichen Teilbereichen, erhalten bleiben und die Nutzung im Sinne eines soziokulturellen Zentrums für viele Gruppen und Aktivitäten aller Altersschichten, wobei natürlich ein Schwerpunkt der Jugendbereich sein sollte, ermöglicht werden.



58 DIE WEBEREI GREVE & GÜTH IM JAHRE 1981

Im Planungsausschuss am 4.6. und anschließend in der Ratssitzung am 26.6.1981 kam es zur Entscheidung. In der Ratssitzung erklärte der Sprecher der CDU-Fraktion, dass der Erhalt der Betriebsgebäude der Weberei Greve & Güth aus der Sicht der CDU weder zweckmäßig noch auch nur wünschenswert sei. Der finanzielle Aufwand für den Erhalt der vorhandenen Bausubstanz sei nicht vertretbar. Für die SPD-Fraktion sprach Lothar Trede. Er wies auf das beeindruckende Engagement der Bürgerinitiative hin, die auch weiterhin im Hinblick auf die Kostenreduzierung der Renovierung ihren Beitrag leisten werde. Bei dem großen Bedarf an Räumen für Vereine, Initiativen und die Jugendarbeit sollten hier in einem Teilbereich der ehemaligen Fabrikgebäude unter der Firmierung einer ‚Dachorganisation Bürgerzentrum‘ die Voraussetzungen für viele Aktivitäten geschaffen werden. Für die FDP erklärte Dr. Gehring, dass ein Teilerhalt der Fabrik wünschenswert sei.

Am Schluss fasste der Rat mit den Stimmen von SPD (22) und FDP (5) gegen die CDU (24) folgenden Beschluss:

- „1. Der Teilerhalt (Gebäudeteil I, Teilerhalt der Gebäudeteile II und V) des Fabrikgebäudes Greve & Güth wird empfohlen.
2. Nutzungsmöglichkeiten und Trägerschaften sollen untersucht werden in Verbindung mit den bekannten Vereinen, den Verbänden und dem Verein ‚Alte Weberei e.V.‘...“¹⁴





Damit wurde, nach zweijährigem Ringen, das historische Gebäude der Weberei überwiegend erhalten und neuer Raum geschaffen, der für viele tausend Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu einem bedeutenden kulturellen Zentrum werden sollte (s. Abb. 58). Das Land Nordrhein-Westfalen förderte das Projekt mit 500.000 DM.

Im Februar 1979 wählte der Ortsverein einen neuen Vorstand (s. Abb. 59). Günther Schneider wurde als 1. Vorsitzender bestätigt, zu seiner Stellvertreterin wählte die Versammlung Marianne Kohlmeyer. Zu seiner Aufgabe als erstem Vorsitzenden sagte Günther Schneider ‚er müsse zusammenhalten, was auseinanderstrebt, müsse integrieren und für alle Richtungen Ansprechpartner bleiben, um sie ohne Vorurteile in die Parteiarbeit einzubinden.‘

Der Ortsvereinsvorstand bildete eine Arbeitsgruppe zum Projekt ‚Stadtzeitung‘. Viermal jährlich sollte eine Zeitung mit dem Titel ‚Gütersloher Blätter‘ herausgegeben werden. Die erste Ausgabe erschien im Kommunalwahlkampf 1979 mit dem Titel „Der beste Mann soll Bürgermeister werden!“ Günther Schandert war Spitzenkandidat der SPD für das Bürgermeisteramt in Gütersloh. Im Wahlprogramm konnte die SPD auf viele Erfolge in der Stadtpolitik der vergangenen fünf Jahre verweisen. Neben den klassischen Themen der Sozial-, Planungs- und Verkehrspolitik stellte das Wahlprogramm weitere konkrete Ziele für die 80er Jahre vor. Aufgrund der harten Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner zur Flurbereinigung, zum Bau der A47, zur Kanalisierung der Bachläufe und zum Kampf gegen den unerträglichen Fluglärm im Gütersloher Westen und Norden leiteten die Forderungen zum Umweltschutz das Wahlprogramm ein. Die flächenhafte Verkehrsberuhigung in den Wohnbereichen, Verbesserung der Infrastruktur für die vielen Gütersloher Fahrradfahrer, Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle, Erhalt der wenigen noch im Stadtbild vorhandenen historischen Häuser, Schaffung altengerechter Wohnungen, dies waren einige der geplanten Vorhaben für die nächsten Jahre.

Auch zur Schulpolitik traf die SPD eine klare Aussage. Im Wahlprogramm stellte sich die Gütersloher Partei eindeutig hinter die Schulpolitik des Landes NRW und den Ministerpräsidenten Johannes Rau, der erklärt hatte:

„Hauptziel in den 80er Jahren ist in der Schulpolitik der Ausbau der Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, wir müssen so viele Gesamtschulplätze schaffen, wie Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen.“





59 ORTSVEREINSVORSTAND 1979 IM HOTEL KAISERHOF

Die Gütersloher Sozialdemokraten erklärten, dass sie sich in diesem Sinne für eine Gesamtschule in ihrer Stadt einsetzen würden.

Der Wahltag am 30. September brachte der SPD im Rat ein gutes Ergebnis, sie gewann zwei Mandate hinzu, zum Bürgermeister der Stadt wurde Adolf Gräwe von der CDU gewählt. Die Sitzverteilung im Rat lautete: CDU 24, SPD 22 und FDP 5 Sitze.

Der radikale Impuls vom Beginn der 70er Jahre hatte der sozialdemokratischen Partei eine dynamische Entwicklung beschert und ihr Erscheinungsbild verändert. Sie war eine Organisation geworden, in der die jungen Menschen und die Frauen eine bedeutend größere Rolle einnahmen. Sie war eine lebendige Partei, in der intensive Auseinandersetzungen über den richtigen Weg auf einem hohen Niveau stattfanden. Sie war vor Ort eine an praktischen Lösungen orientierte Gemeinschaft, die die Anliegen der neuen Bürgerinitiativen aufnahm und ihnen oftmals gegen große Widerstände zur Durchsetzung verhalf. All dies waren gute Voraussetzungen für die großen Herausforderungen der 80er Jahre.

